

# sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXIX/204

24. Oktober 1974

Regierungsanspruch durch Leistung begründet

Hessens SPD mit einem Programm der Tat gegen Differenzierung und Hetze

Von Albert Deswald MdL  
Ministerpräsident von Hessen, Landesvorsitzender der hessischen SPD und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 43 Zeilen

Neue Perspektiven für Olympia

Zur Entscheidung für Moskau als Stadt der Sommerspiele 1980

Von Manfred Wende MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 2 / 33 Zeilen

Das gestraute Risiko

Neues Energieprogramm: Kalkül mit der Kohle

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Bessere Ausbildung für LW-Unteroffiziere

Fachqualifikationen bestimmen die Dienstzeit

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 05 86 646 - 48 pöbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Regierungsanspruch durch Leistung begründet  
-----

Hessens SPD mit einem Programm der Tat gegen Diffamierung und Hetze

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident von Hessen, Landesvorsitzender der hessischen SPD  
und Mitglied des SPD-Vorstandes

In diesen Tagen geht in Hessen ein Wahlkampf zuende, der in der Geschichte unseres Landes ohne Vergleich ist und hoffentlich auch bleibt. Die CDU, auch anderswo nicht zimperlich, wenn es um Macht geht, hat in den letzten Wochen alle Hemmungen abgelegt und Schleusen geöffnet, durch die eine Flut von Unrat und Schmutz in die Öffentlichkeit geschwemmt wurde. Ihre Hauptkampfmittel in der politischen Konkurrenz waren nicht Argumente, sondern das diffamierende Gerücht, die infame Verdächtigung, die gezielte Hetze.

Ein Beispiel für viele: Am 19. Oktober ließ der CDU-Landtagsabg. Rippert ein Flugblatt zur Kirchenschändung in Fulda verbreiten. Darin wird behauptet, daß die Schändung der Rosenkranzkirche eine politisch motivierte Tat von antichristlichen Radikalen darstelle. Sie zeige, welche verheerende Reaktion die hessischen Rahmenrichtlinien auslösen könnten. Und weiter: Hier sei die Saat aufgegangen, die linke Parteien jahrelang ausgestreut hätten. Wie bekannt, wurden inzwischen zwei voll geständige Täter festgenommen. Sie haben nicht aus politischen Motiven, sondern aus persönlichen Rachegefühlen gegenüber dem Geistlichen der Rosenkranzkirche gehandelt. Der CDU-MdL wurde vom Geschäftsführer der südhessischen Sozialdemokraten wegen Volksverhetzung angezeigt. Nur ein Beispiel, aber es ist bezeichnend dafür, wie die CDU jedes Gefühl für das Gemeinwohl, und das heißt wohl auch für die gemeinsamen Interessen der Demokraten, missen läßt.

Wir haben erlebt, daß anonyme Büchsenspanner in obskuren Publikationen Gerüchte lancierten, die dann von der CDU öffentlich kolportiert und in Form scheinheiliger Fragen lückenlos in ihren Wahlkampf eingeführt wurden. Die hessischen Sozialdemokraten verstehen sich als die Baumeister eines modernen Bundeslandes. Ihr im Wahlkampf geltend gemachter Anspruch auf die Regierungsverantwortung beruht gleichermaßen auf den Leistungen der Vergangenheit wie auf den Aufgaben, die zukünftig bewältigt werden müssen. Für Kontinuität in Hessen können nur Sozialdemokraten sorgen. Der CDU-Führer Dr. Alfred Dregger, und dies wurde durch seinen Wahlkampf deutlich, ist nicht an Hessen interessiert, sondern lediglich an der Macht.

Nicht nur in Hessen treten die Sozialdemokraten für die vier Bürgerrechte ein: das Bürgerrecht auf gesicherte Existenz, auf Bildung, Wohnen zu angemessenen Preisen und auf Lebenshilfe für alle, die auf solidarische Unterstützung angewiesen sind. Dies ist ein Programm der Tat. Die hessischen Bürger werden mit ihrer Stimme am 27. Oktober dafür sorgen, daß Hessen frei bleibt, frei von Diffamierung und Hetze, frei von Dregger, Strauß und Co.  
(~/24.10.1974/ks/pr)

+ + +

Neue Perspektiven für Olympia  
-----

Zur Entscheidung für Moskau als Stadt der Sommerspiele 1980

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, die XXII. Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau ausrichten zu lassen, war zwar zu erwarten, doch birgt dieses Votum durchaus politische Akzente in sich. Die Tatsache, daß die bedeutendste Wertsportveranstaltung in der UdSSR als erstem Land im kommunistischen Bereich stattfindet, läßt es zu, daß fast schon von einer geschichtlichen Entwicklung in der olympischen Weltbewegung gesprochen werden kann.

Die umfassenden Beratungen des IOC und die Erklärungen der sowjetischen Sportführung geben begründeten Anlaß für die Erwartung, daß die aus dem Selbstverständnis der westlichen Demokratien resultierenden Forderungen nach Presse- und Reisefreiheit, Vereinfachung der Einreiseformalitäten und Möglichkeiten einer kulturell-gesellschaftlichen Kommunikation im Zeichen der XXII. Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau zufriedenstellend entwickelt werden. Auf dieser Grundlage könnten diese olympischen Prinzipien eine wirkungsvolle Unterstützung der Bemühungen um eine Ausweitung der Begegnungsmöglichkeiten der Menschen - vor allem in Europa - sein.

Sehr wichtig ist die Erklärung der sowjetischen Ausrichter, daß man auch die Teilnahme der Sportler der Volksrepublik China an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau begrüßen würde. Hieraus ist zu schließen, daß sich Moskau bewußt ist, daß unliebsame Erscheinungen, wie sie 1973 bei der Universiade in Moskau beklagt wurden, zu verhindern sind.

Bemerkenswert: Die UdSSR hat wiederholt ihr Interesse an einer Verwertung der Erfahrungen der XX. Olympischen Spiele 1972 in München bekundet. Von der Bundesrepublik wurde die Bereitschaft dazu nicht nur angeboten, sondern durch die vielfältigen Kontakte auf der Ebene der Sportorganisationen und der Regierungen praktiziert. Vor diesem Hintergrund können auch die Verantwortlichen der Olympischen Sommerspiele 1972 in München und Kiel einen wirkungsvollen Beitrag für die Weiterentwicklung der olympischen Weltbewegung leisten, denn von Moskau 1980 hängt nicht nur sowjetisches Prestige, sondern in entscheidendem Maße auch die Zukunft der olympischen Bewegung ab. (-/24.10.1974/bgy/pr)

+ + +

### Das gestraute Risiko

#### Neues Energieprogramm: Kalkül mit der Kohle

Vor vier Wochen tat man in Washington geheim: Über eine Reduzierung des Verbrauchs sollte Druck auf die Ölpreise ausgeübt werden. Und der Verbrauch sollte notfalls mit staatlichen Auflagen gedrosselt werden. Nicht um internationalen Druck in dieser Richtung zuvorkommen, sondern weil es eigene Einsicht ratsam erscheinen ließ, hat man sich in Bonn aus eigenem Antrieb für die Wechselfälle des internationalen Energiemarktes vorzubereiten versucht.

Während in anderen Ländern Planspiele bis zum Exzess betrieben werden, fand man für die Bundesrepublik ein Konzept, das nicht zuletzt deshalb so ausgewogen scheint, weil es in enger Zusammenarbeit mit sämtlichen Energieverbrauchern und Energielieferanten erarbeitet wurde. Die deutsche Steinkohle ist wieder in den Mittelpunkt gerückt, nachdem ihr Ludwig Erhard seinerzeit eine Absatzgarantie von 140 Millionen Jahrestonnen gegeben hatte, die dann nicht eingehalten werden konnte.

Das entscheidende bei der gewiß nicht billigen Fürsorge für die Steinkohle ist, daß sie die entscheidende Voraussetzung dafür bietet, wenigstens die Stromerzeugung in der Bundesrepublik weitgehend unabhängig von importierten Energieträgern zu machen. Das ist insofern von Bedeutung, als dann die Substitutionsmöglichkeiten in anderen Bereichen einen größeren Spielraum erhalten.

Die Tatsache, daß das deutsche Energiekonzept steht, ist aber noch in anderer Hinsicht von einer nicht zu unterschätzenden Tragweite. Schließlich ist es ein offenes Geheimnis, daß es mit der Solidarität der Öl- und energieverbrauchenden Länder nicht sonderlich weit her ist. Das hat zu-

letzt gerade die Geheimkonferenz der Finanzminister aus den fünf größten Industriestaaten vor der Jahrestagung des Weltwährungsfonds bewiesen. Schließlich hat Frankreich ebenfalls keine Gelegenheit ausgelassen, dem Rest der Welt klarzumachen, daß es nun auch in Sachen Energiepolitik seinen eigenen Weg zu gehen gedenkt. Da spielt sehr viel vordergründige Politik mit, doch sollte man psychologische Effekte nicht unterschätzen, selbst wenn man heute immer noch vergeblich nach den für Frankreich positiven Konsequenzen jener bilateralen Öl-Verträge sucht, die seinerzeit von Pompidou-Außenminister Jobert in nahezu pausenloser Folge mit arabischen Staaten vereinbart wurden.

Unabhängig davon ist bei einem anderen Energieträger, dem Erdgas, am deutlichsten zu erkennen, wie weit die Diversifikation bei der Energiesicherung schon gediehen ist. Nicht, daß Mengen aus der UdSSR kommen und die etwas rüden Preis- und Mengen-Methoden, die beim Lieferanten in Holland kurzfristig im Schwange waren, nachhaltige Wirkung hinterlassen hätten. Aber nun treten auch noch Algerien und Norwegen als Lieferanten auf.

Die Diversifikation der Energiebezugsquellen setzt aber selbst bei einer nicht zu unterschätzenden Position dank der eigenen Stein- und Braunkohle eine Politik voraus, die das ganze Feld zwischen Staatshandelsländern und aufgeklärtem Kapitalismus in ihren Aktionen und Reaktionen abzudecken in der Lage ist. Das gilt aber auch mit umgekehrten Vorzeichen für die binnenwirtschaftliche Verwendung dessen, was außenwirtschaftlich und außenpolitisch als Angebot konsolidiert wird. Gelingt es, beide auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, werden sich krisenhafte Erscheinungen am Energiemarkt in Zukunft leichter bewältigen lassen.

Theodor Tremmes  
(-/24.10.1974/ks/pr)

+ + +

### Bessere Ausbildung für LU-Unteroffiziere

-----

#### Fachqualifikationen bestimmen die Dienstzeit

Die Luftwaffe hat ihre Konzeption zur Neuordnung der Ausbildung ihrer Unteroffiziere entwickelt. Diese Ausbildung wird neben die bereits vor einiger Zeit neu konzipierte Offizierausbildung treten und hat das Ziel, den Unteroffizieren für ihre vielfältigen Aufgaben eine qualifiziertere Ausbildung zu geben. Einer der Kernpunkte der neuen Konzeption ist die Einrichtung von Fachschulen mit staatlich anerkannten Ausbildungslehrgängen für die Unteroffiziere. Inzwischen wurden vier derartige Fachschulen eröffnet, nämlich zwei Fachschulen für Elektrotechnik an den Technischen Schulen der Luftwaffe in Kaufbeuren und Lechfeld, eine Fachschule für Maschinenbau an der Technischen Schule der Luftwaffe in Farnberg sowie eine Fachschule für Wirtschaft an der truppendienstlichen Fachschule der Luftwaffe in Iserlohn. In diesen vier Fachschulen stehen zunächst 125 Ausbildungsplätze zur Verfügung, was den Anfangsbedarf decken wird. Zu Beginn der 80er Jahre, so erklärt der stellv. Luftwaffeninspekteur Generalleutnant Harald Wust, sollen etwa 1.500 Plätze zur Verfügung stehen. Zusätzlich soll in Kürze in einer bundeswehrgemeinsamen Fachschule auch die sozialpädagogische Fachschulausbildung für Luftwaffenunteroffiziere aufgenommen werden.

Die Bedeutung der Unteroffiziere im Gefüge der Luftwaffe läßt sich un-  
schwer aus Zahlenvergleichen ablesen. Die Luftwaffe setzt sich in ihrer Sollstärke aus etwa 11.700 Offizieren, 40.000 Unteroffizieren und 49.000 Mannschaften zusammen. Fast jeder zweite Mann in der Luftwaffe ist also Unteroffizier. Von diesen Unteroffizieren sind 40 vH in rein technischen Funktionen, 45 vH in sogenannten Unterstützungstätigkeiten, d.h. in Betriebs- und Operationsbereichen, und lediglich 15 vH in besonderen militärischen Funktionen, z.B. in der militärischen Grundausbildung oder bei Sicherungsaufgaben eingesetzt. Jeweils zwei von fünf Unteroffizieren der Luftwaffe führen demnach technische Funktionen aus. Die erhöhten Anforderungen gerade in diesen Bereichen machen die nunmehr vorgesehene bessere

Ausbildung unabdingbar notwendig.

Von 1975 ab werden alle neu in die Luftwaffe eintretenden Unteroffizieranwärter in einem geschlossenen Ausbildungsgang von Grundausbildung und Unteroffizierlehrgang auf ihre militärische Aufgabe vorbereitet. Dieser Ausbildungsgang nimmt 22 Wochen in Anspruch, wovon zehn Wochen auf den Unteroffizierlehrgang entfallen. Das bisher bewährte System der fachlichen Aus- und Fortbildung wird fortgesetzt, wobei die Schwerpunkte der Fachausbildung jeweils durch neueinzuführende Waffensysteme gesetzt werden. Bei der Fachausbildung sollen die Grundlagenvermittlung verbreitert und die darauf aufbauende Spezialausbildung nach dem Bausteinprinzip durch Zusammenfassung mehrerer Aufgabenbereiche gestrafft werden.

Die verschiedenen Ausbildungslehrgänge haben drei verschiedene Qualifikationsstufen zum Ziel: den sogenannten 1. Spezialisten, Meister und staatlich geprüfte Techniker, Betriebswirte oder Erzieher. Der 1. Spezialist - vergleichbar etwa dem Gesellen oder Facharbeiter - wird bei einer Verpflichtung zur vierjährigen Dienstzeit im Durchschnitt 14 Monate ausgebildet, womit dann die fachliche Voraussetzung zur Beförderung zum Unteroffizier und zum Stabsunteroffizier erfüllt ist. Für den Meister ist eine weiterführende Ausbildung von zehn Monaten in seinem speziellen Fachgebiet vorgesehen. Damit qualifiziert sich ein Unteroffizier bei einer Verpflichtungsdauer von mindestens acht Dienstjahren zum Feldwebel. Unteroffiziere, die sich mindestens auf zwölf Dienstjahre verpflichten, erhalten schließlich in einem etwa zweijährigen Ausbildungsgang an einer Fachschule die Qualifikation als Techniker, Betriebswirt oder Erzieher.

In allen seinen Verwendungen - und das unterscheidet den Unteroffizier von vergleichbaren zivilen Fachkollegen - ist der Unteroffizier Inhaber einer Spezialfunktion und zugleich Vorgesetzter anderer Soldaten. Es muß ihm also auch dafür das Rüstzeug vermittelt werden. Kernstück der neuen Ausbildungsordnung soll jedoch die Fachausbildung für langfristig verpflichtete Unteroffiziere sein. Sie wird für den Werdegang des Unteroffiziers den gleichen Stellenwert haben wie das Hochschulstudium im Ausbildungsgang der Offiziere.

Wolfgang Fechner  
(-/24.10.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller